

GASTWIRTSCHAFT

Tatenlose - Politik

Die Ungleichheit wächst, aber Reformen fehlen

Von Günther Moemes

Laut Forbes und Oxfam besitzen die zehn reichsten Menschen der Welt zusammen 1,5 Billionen Dollar, mehr als die 40 Prozent Ärmsten der Welt. 76 Prozent der Deutschen halten die Ungleichverteilung für das größte Problem neben Klima und Corona. Dennoch greifen die „sozialen“ Maßnahmen der Politik nicht. Warum? Hier drei Hauptirrtümer, alle zitiert aus der konservativen Presse von Januar 2022:

Erstens: „Deutschland erlebte vor der Pandemie einen langen Aufschwung, von dem alle Einkommensschichten profitiert haben.“ In der Tat haben auch die Geringverdiener um ein paar Euro „profitiert“ durch die Erhöhung von Hartz IV, Mindestlohn oder Mütterrente. Das alles hat jedoch die Ungleichverteilung nicht etwa verringert, sondern weiter steigen lassen. Warum? Weil die Politik die „privaten“ Zuwächse der Milliardäre, Anleger und Vermieter aus Kapitalgewinnen gleichzeitig tatenlos um das Zigfache hat wachsen lassen.

Zweitens: „Wirtschaft ist kein Nullsummenspiel, bei der der eine nur dann mehr bekommen kann, wenn er es einem anderen wegnimmt.“ Doch. Die Ungleichverteilung resultiert primär aus Vermögen und nur sekundär aus Einkommen. Wie Vermögen ist sie eine „Bestandsgröße“, keine „Stromgröße“. Das heißt, sie ist zu jedem Zeitpunkt endlich und exakt. Für sie gilt ein für allemal: je größer der Reichtum, desto größer die Armut. Weil die einen so reich sind, sind die anderen so arm. „Wär' ich nicht arm, wärst Du nicht reich!“, sagt bei Brecht der arme Mann zum reichen Mann.

Drittens: „Würde man die 1,5 Billionen Dollar auf die ärmeren 40 Prozent verteilen: Jeder erhielte dann einmalig knapp 500 Dollar. Letztlich würde sich am Los dieser Menschen nichts ändern.“ Richtig ist: Weil man die Ungleichverteilung so lange tatenlos wachsen ließ, kann man sie jetzt nicht mehr heilen, indem man nur die Vermögen von zehn Menschen zurückverteilt.

Die Staaten haben einen Großteil ihrer Verteilungsmacht an die ungewählten Finanzmärkte abgetreten. Sie besorgen allenfalls noch Münzgeld fürs Soziale. In Deutschland stellt der Finanzmarktriase Blackrock mit Merz den ersten Parteivorsitzenden. Die Ampel kündigt auf Betreiben Lindners den Einstieg in Pinochets finanzmarktbasierter Rente an. Wir gehen „herrlichen Zeiten“ entgegen.

Der Autor ist emeritierter Professor für Industrialisierung und Verteilungs- und Wachstumskritiker.